

Eintrag 09.02.23

Lars Klingbeil  
Der Parteivorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Solidargemeinschaft der Bergleute  
Braunkohlenveredlung Borna/Espenhain  
Herrn Vorsitzenden Klaus-Dieter Wolf  
Schweizerbogen 3  
04289 Leipzig

Januar 2023

Sehr geehrter Herr Wolf

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 04.12.2022, in dem Sie erneut auf die Altersversorgung der Bergleute der Braunkohleveredlung Borna/Espenhain hinweisen und den Standpunkt Ihrer Solidargemeinschaft darlegen. Bitte entschuldigen Sie die verzögerte Antwort.

Bei meinen Begegnungen in den ostdeutschen Ländern betone ich, dass wir mehr Respekt für die Lebensleistung gerade der Ostdeutschen zeigen müssen. Das muss für alle gelten, auch dann, wenn nicht alle Forderungen und Anliegen einzelner Personengruppen erfüllbar sind.

Wie Sie wissen, war die Frage der Überleitung der Alterssicherungssysteme der DDR in das bundesdeutsche Rentenrecht viele Jahre in der politischen Diskussion und auch Gegenstand rechtlicher Auseinandersetzungen bis hin zum Bundesverfassungsgericht. Dies gilt auch für die Fragen der Überführung der DDR-Beschäftigungszeiten in die Bewertung des bundesdeutschen Rentenrechts. Ihnen sind die Diskussionen, parlamentarischen Debatten, Gerichtsentscheidungen und auch die Auffassung der Bundesregierung bekannt. Es wurde wiederholt klargestellt, dass es für die Übernahme des besonderen Steigerungssatzes in das lohn- und beitragsbezogene Rentenrecht des SGB VI keinen rechtlichen Anknüpfungspunkt gibt.

Wir verkennen aber nicht, dass es zu Nachteilen im Rahmen der Rentenüberleitung gekommen ist. Deshalb hat die SPD viele Jahre darauf gedrungen, dass nach Alternativen außerhalb des Rentenrechts gesucht wird, die geeignet sind, Nachteile, die infolge der Rentenüberleitung entstanden sind, abzumildern.

Wir begrüßen es deshalb sehr, dass es nun gelungen ist, im Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition zu vereinbaren, den bereits in der 19. Wahlperiode geplanten Fonds zur Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung umzusetzen.

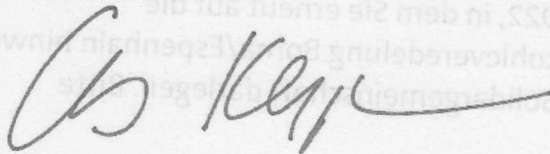
Dazu hat der Bund mit der Errichtung einer nichtrechtsfähigen Stiftung des Bundes mit dem Namen „Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung, für jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler“ den Weg geebnet und wirbt dafür, dass die Länder das Angebot des Bundes nutzen und der Stiftung beitreten, um auf diese Weise ebenfalls ihre Bereitschaft zur finanziellen Unterstützung der Betroffenen deutlich zu machen.

Auch die wesentlichen organisierten Betroffenengruppen fordern explizit keine rentenrechtliche Lösung, sondern eine Einmalzahlung.

Mit ist sehr bewusst, dass die nunmehr gefundene Lösung und das Angebot des Bundes nicht für jede und jeden Betroffenen vollständig zufriedenstellend ist und der Umfang der Einmalzahlung umstritten sein wird.

Ich bin aber überzeugt, dass es jetzt an der Zeit ist, dieses Kapitel der Rentenüberleitung abzuschließen und damit einen Schritt zur Anerkennung der Lebensleistung vieler Menschen in Ostdeutschland zu machen.

Mit freundlichen Grüßen



Lars Klingbeil